

Rede des Kreisdirektors und Kämmerers Rainer Stratmann zur Einbringung des Haushaltes 2009 für den Kreis Unna

Herr Landrat,  
meine Damen und Herren,

die Zeiten ändern sich schneller als man denkt. Als wir im Sommer mit den ersten Überlegungen zum Haushalt 2009 begannen, schien die Welt im wesentlichen in Ordnung. Die Auftragsbücher der Firmen waren voll, die Steuereinnahmen bei den Städten und Gemeinden noch nie so stark – man sprach bereits von einem Allzeithoch –, selbst auf dem Arbeitsmarkt deutete sich eine Entspannung an. Erstmals seit Jahrzehnten hatten wir weniger als 4 Mio. Arbeitslose. Also - was konnte uns Schlimmes für den Haushalt 2009 passieren.

Und heute - kaum 6 Monate später – heute haben wir eine grandiose Finanz- und Bankenkrise, die die Welt so noch nicht erlebt hat. Die Finanzkrise ist inzwischen brutal in der Realwirtschaft gelandet, die Autobranche geht weltweit in die Knie, die Autozulieferindustrie wird zunehmend in diesen Abwärtsstrudel mitgerissen. Entlassungen und Kurzarbeit drohen branchenübergreifend, das Schreckgespenst „Rezession“ geht um, von Wirtschaftswachstum ist keine Rede mehr.

Ich lege Ihnen heute einen Haushalt vor, der noch geprägt ist von außerordentlich guten Zahlen auf der Ertragseite – wohlwissend, dass die Sozialaufwendungen nach wie vor steigen. Gleichzeitig richtet sich aber der Blick auf 2010 und die Folgejahre: Die Erträge werden mit Sicherheit sinken, die Sozialaufwendungen wegen der Folgekosten der Rezession merklich zunehmen: also insgesamt schlechte Aussichten für die nächsten Jahre.

Lassen Sie mich aber zunächst noch einige Bemerkungen zur derzeitigen Kassenlage machen. Die Finanzsituation der Städte und Gemeinden im Kreis Unna ist seit Jahren äußerst kritisch. Der Haushaltsausgleich kann nur durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage oder gar nicht dargestellt werden, wie z.B. in Selm. Der Kreis hat darauf in den letzten Jahren mit einer beispiellosen Rücksichtnahme reagiert, in dem die Belastung durch die allgemeine Kreisumlage so gering wie möglich gehalten wurde. Das hat allerdings dazu geführt, dass wir in den letzten 7 Jahren 69 Mio. € an Altdefiziten aufgebaut haben. Mit dem Haushalt 2008 ist es gemeinsam mit den Städten und Gemeinden gelungen, im Rahmen einer Konsensvereinbarung das Problem der Altfehlbeträge in der Größenordnung von 47 Mio. € zu lösen. Ein gemeinsamer Kraftakt ohne gleichen, trotzdem heißt das aber im Klartext, dass uns 22 Mio. € aus diesen letzten Jahren fehlen. Einer der Gründe dafür, warum der Kreis mit einiger Sicherheit kein Eigenkapital in seiner Eröffnungsbilanz darstellen kann.

Trotz besserer Zahlen in den letzten Jahren ist die Verschuldung der öffentlichen Haushalte im Kreis Unna permanent angestiegen, insbesondere die besorgniserregende Zunahme von Kassenkrediten.

Sie merken, selbst bei guter Kassenlage gelingt es kaum oder gar nicht, Ertrag und Aufwand in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Das ist nicht nur im Kreis Unna so, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen weit verbreitet. Viele Städte, Gemeinden und Kreise sind strukturell unterfinanziert, ganz besonders im Ruhrgebiet. Das hat uns auch die Gemeindeprüfungsanstalt attestiert. Vor ein paar Tagen hat Prof. Junkernheinrich, ein absoluter Experte in finanzwirtschaftlichen Fragen, dieses Thema vor den Landräten und Oberbürgermeistern des Ruhrgebiets aufgearbeitet und in diesem Zusammenhang von der „Vergeblichkeitsfalle“ gesprochen. Seit Jahren, seit Jahrzehnten bemühen sich Städte, Gemeinden und Kreise im Ruhrgebiet darum, ihre Haushalte auszugleichen. Selbst bei Schließung von wichtigen kommunalen Einrichtungen wie Bibliotheken, Schwimmbädern, Schulen und Kindergärten oder dem Verkauf des Tafelsilbers, alles vergeblich, – es gelingt einfach nicht. Daher gibt es schon wieder neue Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster, weil Land und Bund die durch die Verfassung garantierten Rechte der Kommunen aus Artikel 28 Grundgesetz und Artikel 78 der Landesverfassung auf kommunale Selbstverwaltung nicht mehr gewährleisten.

Lassen Sie mich nach diesen nicht gerade angenehmen, aber notwendigen Vorbemerkungen zum Haushalt 2009 kommen.

Die Steuerkraft der Städte und Gemeinden im Kreis Unna ist um fast 10 % angestiegen ist, nämlich von 291 Mio. € auf jetzt 320 Mio. € – eine wirklich positive Entwicklung. Das verteilt sich recht unterschiedlich, Spitzenreiter ist hier Bönen. Aber auch Lünen und Schwerte, die es dringend notwendig haben, haben Zuwächse von 23 und 21 % zu verzeichnen. Das ist eine gute Botschaft in diesen Zeiten und zeugt von der Wirtschaftskraft dieser Region - auch wenn wir damit im Vergleich in Nordrhein-Westfalen immer noch im Mittelfeld mitspielen.

Wegen dieser stärkeren Steuerkraft vor Ort sind die Gemeindegeldzuweisungen von 156 Mio. € auf 145 Mio. € gesunken. Das Gemeindefinanzierungsgesetz ist so angelegt, dass die Schlüsselzuweisungen niedriger ausfallen, wenn die eigene Steuerkraft steigt. Gutes Beispiel für diesen Mechanismus ist die Gemeinde Bönen: die Gemeinde ist so steuerstark geworden, dass sie dieses Jahr überhaupt keine Schlüsselzuweisungen mehr bekommt. 2009 kam allerdings auch noch ein besonderer Effekt dazu. Die Stadt Bonn war bisher abundant, d.h. also sie hatte ähnlich wie Bönen eine so hohe Steuerkraft, dass sie keine Schlüsselzuweisung bekam. In diesem Jahr wird sie wegen wegbrechender Steuereinnahmen bei der Telekom wieder in dieses Gemeindefinanzierungssystem eingebunden, so dass allein für die Stadt Bonn ein Betrag von 291 Mio. € im GFG vorgesehen werden musste.

Aufgrund der frühen Einbringung des Haushaltes war es uns nicht möglich, die zweite Proberechnung des GFG mit einzubeziehen. Sie hat noch einmal eine Verbesserung des GFG gebracht und damit auch eine Steigerung der Umlagegrundlagen. Leider hat das Land die kompletten 240 Mio. € an Verbesserung aber nicht im GFG belassen. 60 Mio. € aus diesem grundsätzlich den Kommunen zustehenden Geld hat das Land für die Schul- und Bildungspauschale vorab abgezweigt. Unter landespolitischen Gesichtspunkten macht es sich ja auch ganz gut, wenn das Land für Schule und Bildung Geld ausgibt. Es ist aber das

Geld der Städte und Gemeinden und entzieht uns 60 Mio. € an Umlagegrundlagen. Ohne diesen Abzug wären bei uns im Saldo knapp 2 Mio. € in der Kasse angekommen, so sind es immerhin noch 1,4 Mio. €.

Ein leidiges Thema in diesem Zusammenhang ist eine weitere Minderung der Zuweisung aus dem Wohngeldentlastungsgesetz für den Kreis Unna. Im Zusammenhang mit dem Systemwechsel 2005 von der alten Sozialhilfe hin zum ALG II hatten Bund und Länder sich darauf verständigt, dass die Länder die ersparten Wohngelder nicht behalten durften – immerhin rd. 400 Mio. € allein für Nordrhein-Westfalen. Diese Gelder sollten passgenau den Städten und Kreisen als neue Aufgabenträger zur Verfügung gestellt werden. Nachdem wir noch im ersten Jahr 6,6 Mio. € an Wohngeldentlastung bekommen haben, haben wir 2008 nur noch rd. 500.000 € bekommen. Deshalb haben wir beim Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen zusammen mit anderen Städten und Kreisen Klage erhoben, um unsere Rechte durchzusetzen. Wir halten dieses neue Verteilungssystem für rechtswidrig und in hohem Maße ungerecht. Ein krasses Beispiel aus unserer Nachbarschaft mag Ihnen verdeutlichen, in welchem Maße hier eine Umverteilung von Landesgeldern stattfindet: während der Kreis Unna bei dem Wohngeldentlastungsgesetz praktisch leer ausgeht, bekommt der Kreis Soest aufgrund des neuen Verteilungssystems über 15 Mio. € mehr – und zwar auf Dauer – Jahr für Jahr. Ein unglaublicher Vorgang, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Kreis Unna zu den strukturschwächsten Regionen in Nordrhein-Westfalen gehört.

Aber zurück zum Haushalt:

Alles in allem zusammengefasst haben sich die Umlagegrundlagen, also Steuerkraft vor Ort plus Gemeindefinanzierungsgesetz positiv entwickelt, so dass die Umlagegrundlagen bei fast 470 Mio. € angelangt sind. Das sollte doch eigentlich reichen. Das haben wir auch lange Zeit geglaubt: es müsste doch möglich sein bei so hohen Erträgen, die notwendigen Aufwendungen des Kreises im Jahre 2009 zu finanzieren, also einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen und die Kreisumlage bei 44 Punkten zu halten. Als wir uns aber im November abschließend mit den Zahlen und Fakten beschäftigt haben, war am Ende des Tages klar: die Mehrerträge reichen nicht aus, um die Mehraufwendungen abzudecken. Lassen Sie mich im einzelnen erläutern, warum das so ist.

Die Mehraufwendungen für 2009 resultieren im wesentlichen aus dem Budget Arbeit und Soziales. Hier ist der Kreis u.a. verpflichtet, die Kosten der Unterkunft einschließlich Nebenkosten zu bezahlen. Trotz verbesserter allgemeiner Arbeitsmarktbedingungen ist eine Entspannung bei den Kosten der Unterkunft nicht feststellbar. Das liegt im wesentlichen an folgenden Punkten:

- Im Gegensatz zum allgemeinen Bundestrend ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Kreis Unna praktisch nicht gesunken.
- Die Heizkosten, die ungefähr 12 % der Gesamtkosten ausmachen, sind erheblich angestiegen.
- Die Regelsätze wurden zum 01.07.2008 um 1,1 % erhöht.

Das ist von uns nicht beeinflussbar, das müssen wir in den Haushalt einstellen.

An dieser Stelle möchte ich auf ein Problem aufmerksam machen, was sich in dieser Schärfe und Breite bisher nicht so deutlich gezeigt hat, nämlich das Problem der sogenannten „Aufstocker“. Aufstocker werden die Personen genannt, die teil- oder sogar vollzeitbeschäftigt sind und trotzdem ergänzende Leistungen nach dem ALG II benötigen. Das sind im Kreis Unna rund 7.000 Personen, 3.000 davon sind vollzeitbeschäftigt. Obwohl diese Menschen also jeden Tag 8 Stunden oder mehr arbeiten, verdienen sie nicht genug, um mit dem eigenen Einkommen die notwendigen Lebenshaltungskosten bestreiten zu können. Der Kreis muss am Ende ergänzende Hilfe, insbesondere bei den Unterkunftskosten leisten. Offensichtlich sind die Löhne in einigen Branchen so niedrig, dass selbst bei Vollzeitarbeit die Leute nicht davon leben können. Das ist finanz- und sozialpolitisch ein Skandal.

Darüber hinaus gibt es eine Entwicklung die man zunächst nicht glauben kann. Einzelne Unternehmen – auch im Kreis Unna – gehen dazu über, ganze Stammmannschaften komplett gegen Leiharbeiter auszutauschen. Das bedeutet, dass die Leute nunmehr unter 6 Euro die Stunde brutto verdienen. Auf Nachfrage, wie man denn bei so einem geringen Gehalt alles bezahlen soll, wird ganz unverblümt und offiziell der Hinweis gegeben, dass man sich doch die Unterkunftskosten ganz oder teilweise beim Kreis abholen kann. So geht das nicht weiter. Das ist keine Marktwirtschaft - und schon gar keine soziale Marktwirtschaft mehr. Das ist Turbokapitalismus und die Rückkehr zum Tagelöhnertum aus dem 19. Jahrhundert – so Norbert Blüm, nach wie vor das soziale Gewissen der CDU vor einigen Tagen in einer Fernsehsendung. Wir brauchen dringend einen Mindestlohn, der auskömmlich ist und der dann auch von den Unternehmen voll bezahlt wird - und nicht vom Staat co-finanziert wird.

Ein weiteres besonderes Ärgernis bei den Kosten der Unterkunft ist die Bundesbeteiligung. Beim Systemwechsel im Jahr 2005 ist vereinbart worden, dass sich der Bund an den Kosten der Unterkunft mit einem bestimmten Prozentsatz beteiligt, damit die kommunale Seite nicht über Gebühr belastet wird. Ursprünglich betrug die Quote des Bundeszuschusses zu Anfang 31,8 %, im letzten Jahr ist sie auf 28,6 % gekürzt und für das Jahr 2009 von heute auf morgen auf 25,4 % abgesenkt worden. Das macht bei uns eine Mindereinnahme von 2,42 Mio. € aus – und zwar pro Jahr.

Ohne große Diskussion hat der Bund seine Beteiligung um diese Beträge gekürzt. Das ist für uns mehr als ein halber Punkt Kreisumlage oder praktisch die Gesamtausgaben im Kulturbereich - mit einem Federstrich weg.

Weitere Steigerungen in erheblichem Umfang sind bei der stationären Hilfe zur Pflege zu verzeichnen. Hier haben wir inzwischen die 20 Mio. € Marke deutlich überschritten. Jedes neue Pflegeheim im Kreis Unna kostet uns rd. 1 Mio. € mehr – von uns nicht beeinflussbar, gesetzlich normiert und als Rechtsanspruch gegen den Kreis formuliert.

Der größte Nettoaufwand des Kreises ist die Zahlung von rd. 73 Mio. € an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Der Landschaftsverband braucht das Geld im wesentlichen, um die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zu finanzieren. Damit das klar ist: es besteht überhaupt kein Zweifel daran, dass die behinderten Menschen diese finanziellen Hilfen bekommen müssen - und zwar von der Wiege bis zur Bahre. Sie haben einen Rechtsanspruch auf Eingliederung in diese Gesellschaft. Der Landschaftsver-

band leistet gute Arbeit und braucht entsprechende Finanzmittel. Wir haben Ihnen allerdings mit der Kreistagsvorlage dargelegt, dass der Landschaftsverband dieses Jahr den Bogen deutlich überspannt.

Da werden beim Landschaftsverband Überschüsse in Zig-Millionenhöhe einkalkuliert, während viele Kreise und kreisfreien Städte, insbesondere im Ruhrgebiet keinen originären Ausgleich ihres Haushaltes mehr schaffen. Das bedeutet im Klartext, dass die Städte und Kreise durch Eigenkapitalverzehr Überschüsse beim Landschaftsverband finanzieren sollen.

Des Weiteren werden beim Landschaftsverband Altdefizite aus 2007 und 2008 im Haushalt 2009 als Aufwand dargestellt: das ist rechtlich vollkommen unzulässig. Diese Altdefizite müssen beim Landschaftsverband ebenso wie bei den Städten gegen das Eigenkapital bzw. die Ausgleichsrücklage verbucht werden. Das ist auch kein Problem, weist doch der Landschaftsverband in seiner Eröffnungsbilanz ein Eigenkapital von über 900 Mio. € und eine Ausgleichsrücklage von knapp 300 Mio. € aus. Ich verstehe nicht, warum im Rahmen der Haushaltsgestaltung diese Möglichkeiten zur Entlastung der Gebietskörperschaften nicht genutzt werden.

Fassungslos steht man als Kämmerer allerdings vor der Tatsache, dass am 15.01.2009 beim Landschaftsverband 303 Mio. Euro cash in der Kasse aus dem Verkauf von RWE Gas ankommen. Kein Cent davon soll genutzt werden, um die Städte und Kreise zu entlasten: alles ist längst verplant, der größte Anteil dieses Geldes – rd. 114 Mio. € - soll in eine Kulturstiftung fließen. Übrigens – auch wir bekommen aus dem RWE Gas-Geschäft Geld - leider aber nur 800.000 €. Dieses Geld habe ich natürlich in den Haushalt 2009 als Ertrag eingestellt, nie wäre ich auf die Idee gekommen, diese 800.000 € - wie der Landschaftsverband seine 303 Mio. € - im Vermögen des Kreises Unna zu halten.

Auch wenn jetzt aus den großen Fraktionen eine Umlagesteigerung von „nur“ 0,6 Punkte vermeldet wird, ist das für uns kein Grund, auch nur einen Millimeter von unserer Haltung abzugehen. Wir haben in der Ihnen vorliegenden Kreistagsvorlage die Dinge sehr deutlich und klar auf den Tisch gelegt und erwarten von den Mitgliedern der Landschaftsversammlung, dass sie sich ausführlich und ausdrücklich mit diesen Argumenten auseinandersetzen. Wenn man das tut und abwägt, wie opulent die Finanzausstattung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe im Verhältnis zu seinen Mitgliedskörperschaften tatsächlich ist, dann kann die Entscheidung in der Verbandsversammlung Ende Februar nur lauten: Keine Steigerung der Landschaftsumlage. Die jetzt als Kompromiss gefundene Erhöhung um „nur“ 0,6 Punkte würde für den Kreis Unna eine weitere Belastung von 3 Mio. Euro ausmachen, eine Belastung, die wir nicht tragen können und die wir dann eins zu eins an die Städte und Gemeinden durchreichen müssten.

Um den Aufwand zu reduzieren, haben wir seit langem große Anstrengungen unternommen. Gerade die vor einigen Jahren vom Landrat eingesetzte Finanzstrukturkommission hat noch einmal erhebliche Verbesserungen gebracht. So haben wir insgesamt in der Finanzstrukturkommission verabredet, 37 Stellen bis 2011 abzubauen; davon sind bereits jetzt schon 30 Stellen eingespart. Es sind noch in den nächsten zwei Jahren 7 Stellen zu realisieren, was wir auch sicher schaffen werden. Darüber hinaus werden wir, soweit es erkennbar und irgendwie vertretbar ist, weitere KW-Vermerke in den nächsten Jahren anbringen. Damit sind wir dann aber auch am Ende der Fahnenstange angelangt.

Weitere Sparpotenziale beim Personal sehe ich nicht. Zunehmend müssen wir mit großer Sorge Probleme psychischer und physischer Art im Haus zur Kenntnis nehmen, die - durch berufsbedingte Belastungen - immer häufiger auftreten.

Die Haushaltssperre und die damit einhergehenden Einsparpotenziale zeigen deutlich Wirkung - auch für den Haushalt 2009. Wir setzen also nicht auf dem Planergebnis des Jahres 2008 auf, sondern schon auf dem verminderten, durch die Haushaltssperre bedingten Ansatz von 2008. Darüber hinaus haben wir generell für alle Fachbereiche und Fachdienste bei den Sachkosten eine weitere 15 %-ige Absenkung vorgenommen. Mir ist bewusst, dass damit eine Schmerzgrenze erreicht ist. Die Schulen melden bereits „Land unter“ und erklären, dass man mit den so abgesenkten Beträgen kaum noch einen vernünftigen Unterricht gestalten kann. Aber, man kann nicht alles gleichzeitig machen: sparen und Geld ausgeben, das geht wirklich nicht.

Zusammenfassend ist daher leider zu konstatieren, dass trotz aller Sparbemühungen mit der vorhandenen Kreisumlage die notwendigen Aufwendungen letztlich nicht zu finanzieren sind. Ich habe Ihnen daher einen Haushalt mit dem Vorschlag vorgelegt, die Kreisumlage um 1,365 Punkte zu erhöhen und damit von den Städten und Gemeinden 6,5 Mio. € mehr zu fordern. Sie können mir glauben, wie schwer mir diese Entscheidung gefallen ist. Aus der Kommunalaufsicht weiß ich sehr genau um die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden. Mir ist bewusst, dass jeder Cent und jeder Euro, den der Kreis von seinen Städten und Gemeinden abverlangt, für die Aufgabenwahrnehmung vor Ort fehlt. Aber wir stecken hier in einem Dilemma. Im Rahmen der Eröffnungsbilanz werden wir kein Eigenkapital und damit auch keine Ausgleichsrücklage darstellen können. Wir haben nicht die Möglichkeit – wie z.B. der Landschaftsverband – einen Ausgleich fiktiv über die Minderung der Ausgleichsrücklage oder den Eigenkapitalverzehr zu erreichen. Hätten wir diese Möglichkeit, würden wir sie auch nutzen – wohlwissend, dass damit Vermögensverzehr betrieben wird.

Wenn man an der Aufwandseite nichts mehr sparen kann, bleibt nichts anderes übrig, als die Erträge zu erhöhen. Dies wiederum geht bei uns nur durch eine entsprechende Anhebung der Kreisumlage. Das ist das letzte und einzige Mittel, um den Haushalt bei einem Umlageverband ohne eigene Steuern auszufinanzieren. Ich sage Ihnen ganz deutlich, dass dieses Finanzierungssystem völlig überholt und nicht mehr zeitgemäß ist. Es ist ja geradezu darauf ausgelegt, sich ständig mit den Städten und Gemeinden über die Finanzen zu streiten. Allerdings habe ich auch die Hoffnung verloren, dass dies irgendwann anders oder besser wird z.B. im Zusammenhang mit der seit 30 Jahren ergebnislos geführten Diskussion über eine grundlegende Gemeindefinanzreform.

Da diese Situation natürlich für alle Seiten unbefriedigend ist, gab es ein in der Bürgermeisterrunde verabredetes Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden im Kreistag. In dieser Runde ist angeregt worden, dass der Landrat eine Liste aufstellen möge, um mögliche Einsparpotenziale sichtbar zu machen. Ich habe heute morgen diese Liste den Fraktionsvorsitzenden zugeleitet, um im Rahmen der Haushaltsdiskussion 2009 weitere Möglichkeiten aufzuzeigen und ggf. bei der Verabschiedung des Haushaltes zu berücksichtigen. Die Liste setzt im wesentlichen auf der Arbeit der Finanzstrukturkommission auf und

macht darüber hinaus weitere Einsparpotenziale sichtbar. Ob und in welcher Weise letztlich davon Gebrauch gemacht wird, wird sich in den nächsten Wochen im Rahmen der Diskussionen in den Fraktionen zeigen.

Für heute kann ich hier verbindlich erklären, dass alle weiteren vorteilhaften Entwicklungen genutzt werden, um die Umlageerhöhung zu vermeiden oder sie so gering wie möglich ausfallen zu lassen. Ein erster positiver Schritt ist sicherlich schon mit der Verbesserung aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz um rd. 1,4 Mio. € sichtbar. Ob und wie weit weitere Effekte in den nächsten Wochen eintreten, vermag ich im Moment noch nicht abzuschätzen. Allerdings sage ich auch genauso deutlich, dass weitere Verschlechterungen - insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe - von uns nicht kompensiert werden können. Nachteile wie Vorteile müssen eins zu eins weitergegeben werden.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich mich ganz herzlich und ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Haus für ihre hervorragende Arbeit bedanken – auch beim Personalrat, der uns die ganze Zeit über kritisch und konstruktiv begleitet hat.

Wir haben dieses Jahr zum erstenmal einen Haushalt, der nicht mehr kammeral, sondern ausschließlich nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement gestaltet wurde. Es ist mir ein großes Anliegen, insbesondere den Kolleginnen und Kollegen im Steuerungsdienst und dort ganz besonders der Finanzbuchhaltung für die viele Arbeit zu danken, die hiermit verbunden war. Neben Heinz Appel als dem Leiter des Steuerungsdienstes möchte ich daher ganz besonders Thomas Baumeister und Markus Erdtmann stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen aus der Finanzbuchhaltung erwähnen, die - für Sie weitgehend unbemerkt - den äußerst schwierigen Übergang von der Kammeralistik in die neue Welt der Doppik ohne Brüche und reibungslos geschafft haben.

Wie jedes Jahr bieten wir Ihnen natürlich und selbstverständlich unsere Hilfe an, wenn Sie sich in den kommenden Wochen mit dem Haushalt beschäftigen. Sie müssen am Ende die Entscheidung treffen, was angesichts der drängenden Probleme nicht leicht sein wird. Ich bin mir aber sicher, dass Sie im Sinne der Sache und unter Wahrung und Anerkennung der Rechte des Kreises als kommunale Selbstverwaltungskörperschaft die richtige Entscheidung treffen werden.

Für die bevorstehende Weihnachtszeit wünsche ich Ihnen nun alles Gute, ein wenig Ruhe und Frieden und verbinde damit auch die Hoffnung, dass 2009 ein gutes Jahr für den Kreis Unna wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit